

## Bezirk Hinwil



Die erste CSI-Mahnwache fand 2012 statt, unter anderem in der Stadt Zürich. Foto: Christian Solidarity International

# «Glaubensverfolgung ist ein Thema, das die Jugend offensichtlich beschäftigt»

**Wetzikon** Als Seelsorgerin engagiert sich Johanna Hirzel für das christliche Miteinander in Wetzikon. Aus diesem Grund initiierte sie eine Teilnahme an der schweizweiten Mahnwache vom 12. Dezember, die ein solidarisches Zeichen für Glaubensverfolgte setzt.

### Annabarbara Gysel

Johanna Hirzel kam vor ein paar Jahren zum ersten Mal mit der Mahnwache der Christian Solidarity International (CSI) in Kontakt (siehe Box). Die Seelsorgerin der Katholischen Kirche Wetzikon war gerade in Luzern unterwegs, als ihr beim Bahnhof eine Gruppe von Menschen ins Auge stach.

Die Leute waren ausgerüstet mit Kerzen, Schildern und einem Transparent «Glaubensverfolgung stoppen». Sie standen einfach da, still und beinahe bewegungslos. «Ich war ziemlich beeindruckt. So etwas hatte ich noch nie gesehen», erinnert sich Hirzel.

### Berührt von der Stille

Johanna Hirzel sprach eine der Personen an und erfuhr, dass eine halbstündige Mahnwache für Glaubensverfolgte im Gange war. Spontan entschloss sie sich, daran teilzunehmen. Sie rüstete

sich mit einer Kerze aus und gesellte sich zu der Menge. Besonders berührt habe sie die Stille, die dabei geherrscht habe.

«Es war kein Protest, keine Schuldzuweisung, sondern einfach ein Mahnen, eine Sensibilisierung auf die Problematik», sagt sie. In einer pulsierenden Stadt sei das etwas sehr Eindringliches.

Diesen Herbst startete die CSI einen Aufruf zur achten Mahnwache, die am 12. Dezember in der ganzen Schweiz stattfinden wird. Als Johanna Hirzel darauf aufmerksam wurde, stand für sie sofort fest: Auch Wetzikon soll daran teilnehmen.

### Thema beschäftigt Jugend

Doch für eine öffentliche Mahnwache braucht es einen geeigneten Platz. Gross und zentral gelegen sollte er sein. Kriterien, die zum Beispiel die reformierte Kirche erfüllt. Also griff Hirzel zum Telefon und kontaktierte ihre reformierten Kollegen – und be-

kam sogleich die Zusage. Und noch mehr: Der Anlass sollte eine konfessionsübergreifende Angelegenheit werden.

Zu ihrem Vorhaben zusätzlich motiviert wurde Johanna Hirzel von einem Jugendlichen auf dem Firmweg. Zur Frage «Was macht mir Sorge?» habe dieser geantwortet: die Verfolgung von Menschen und Glaubensverfolgung. Diese Aussage von einem 17-jährigen Menschen bestätigte, was Johanna Hirzel schon länger beobachtet: «Es ist ein Thema, das die Jugend offensichtlich beschäftigt.»

Und das nicht nur im Firmunterricht, sondern auch in der Schule und zu Hause. «Die Jugendlichen sind herausgefordert, da unser soziales Gefüge multikulturell und multireligiös geworden ist», so Hirzel. «Damit müssen sie sich auseinandersetzen.» Vor allem bei Oberstufenschülern erlebe sie deshalb eine grosse Offenheit gegenüber dem Thema.

Diese Suche nach Orientierung sieht die Seelsorgerin als grosse Chance für die katholische Kirche und die christliche Gemeinschaft im Allgemeinen. «Es ist wichtig, dass wir den jungen Menschen viele Gefässe bieten, um jedem den Zugang zum Thema Glauben zu ermöglichen.» Das gelinge aber nur durch ein erfolgreiches Miteinander.

### Multireligiöses Wetzikon

Ein Miteinander, das in Wetzikon bereits seit Längerem gelebt wird. Auch überkonfessionell. Die Zusammenarbeit zwischen der Reformierten und der Katholischen Kirche wie auch den Freikirchen funktioniert gemäss Hirzel gut.

Das sei beispielhaft fürs ganze Zürcher Oberland. «Hier war man schon früh mit Multireligiosität konfrontiert, da es sehr viele verschiedene christliche Ausrichtungen gibt», erklärt sie. Bereits vor Jahren haben die Bemühungen begonnen, aus dem Nebenein-

ander ein Miteinander zu machen. «Von diesem Engagement können wir jetzt profitieren.»

Johanna Hirzel hofft, dass sich dieses Bewusstsein für Glaube und Religion in der Teilnehmerzahl an der Mahnwache niederschlagen wird. Obwohl die Verantwortliche der CSI sie darüber informiert hatte, dass anfangs mit nur 0 bis 30 Leuten zu rechnen sei, denkt Johanna Hirzel gross: «Die Einschätzung hat mich nicht zufriedengestellt. Ich

möchte 100 Leute auf den Platz bekommen», sagt sie mit einem Lächeln. «Ich hoffe jedenfalls, dass daraus eine Tradition für Wetzikon entstehen kann.»

**Die CSI-Mahnwache** findet am Donnerstag, 12. Dezember, von 18 bis 18.30 Uhr auf dem Platz der reformierten Kirche in Wetzikon statt. Im Anschluss an den Anlass laden die Katholische und die Reformierte Kirche zu Punsch und Guetsli ein.

### Gemeinsam gegen Glaubensverfolgung

Die Christian Solidarity International (CSI) ist eine christlich-humanitäre Menschenrechtsorganisation mit Hauptsitz in Zürich. Sie setzt sich für Religionsfreiheit und Menschenwürde ein. 2012 rief die Organisation die überkonfessionelle Mahnwache für Glaubensverfolgte ins Leben. Damit soll ein Zeichen für die Menschen gesetzt werden, die wegen ihres Glau-

bens oder ihrer Weltanschauung bedrängt und verfolgt werden. An der ersten Mahnwache beteiligten sich mit Zürich, Bern und Luzern lediglich drei Schweizer Orte. Mittlerweile ist die Zahl auf 25 angestiegen. Auch Strassburg engagiert sich seit dem Jahr 2018. Die Mahnwachen werden hauptsächlich von Freiwilligen durchgeführt. (zo)

## Andrea Gisler möchte nicht nur Schweizer bei der Polizei

**Gossau** Die GLP-Kantonsrätin aus Gossau fordert, dass Ausländerinnen und Ausländer mit Bewilligung C für die Kantonspolizei aspirieren können. Der Regierungsrat winkt ab.

Wer im Kanton Zürich Polizist oder Polizistin werden will, muss recht viele Bedingungen erfüllen. Eine davon ist: der Schweizer Pass. Das müsste nicht sein, findet Andrea Gisler, Kantonsrätin für die GLP und wohnhaft in Gossau.

Es gibt 1,5 Millionen Menschen im Kanton, davon sind über 400 000 Ausländerinnen und Ausländer: Wenn die Polizei nicht die ganze Breite der Bevölkerung abdecke, könne das Probleme geben, findet Gisler in einem Postulat, das sie zusammen mit Laura Huonker (AL, Zürich) eingereicht hat. Es sei nicht zeitgemäss, dass der ausländischen Bevölkerung verwehrt sei, den Beruf der Polizistin oder des Polizisten zu ergreifen.

### In anderen Kantonen normal

Andere Kantone knüpfen die Aspiration für die Polizeischule bereits nicht mehr an den



Polizisten im Kanton Zürich sprechen alle Schweizerdeutsch – weil sie Schweizer sind. Foto: PD Stappo Wetzikon

Schweizer Pass – und das habe sich so bewährt, halten die beiden fest. Im Kanton Schwyz heisse es etwa: «Schweizer Bürgerrecht oder assimilierter Ausländer». Deshalb wollen sie vom Regierungsrat eine Änderung der

Kantonspolizeiverordnung mit einem vergleichbaren Passus; zumindest für Ausländer mit der C-Bewilligung.

Doch der Regierungsrat will davon nichts wissen. Seine Begründung: Personen, die im Na-

men des Staats handelten und dessen Rechtserlasse durchsetzen, müssten über das Schweizer Bürgerrecht verfügen. Insbesondere Polizistinnen und Polizisten, da es zu deren Kernaufgaben gehöre, unter bestimmten Vor-

aussetzungen «unmittelbaren Zwang auszuüben und staatliche Zwangsmassnahmen anzuwenden».

Es sei unerlässlich, dass Polizeiangehörige mit den hiesigen Verhältnissen, der Rechtsordnung und der Mentalität der Bevölkerung bestens vertraut seien und auch die lokale Sprache beherrschten.

### Anforderungen erfüllt

«Ausländerinnen und Ausländer mit der Niederlassungsbewilligung C, die diesen strengen Anforderungen genügen, sind zwingend gut integriert und bringen regelmässig auch die Voraussetzung für eine Einbürgerung mit», so der Regierungsrat. In anderen Worten: Wer Polizist oder Polizistin werden will, muss sich halt einbürgern lassen.

Das sei durchaus zumutbar, findet der Regierungsrat, dies, zumal die Schweizer Gesetz-

gebung den Eingebürgerten erlaube, ihre bisherige Staatsangehörigkeit zu behalten. Zudem glaubt die Regierung, die Schweizer Staatsangehörigkeit gebe den Polizisten auch die erforderliche Akzeptanz im Fall von besagten Zwangsmassnahmen. Personal mit doppelter Staatsbürgerschaft heisst der Regierungsrat in seiner Antwort indes willkommen. Es erweise dem Polizeikorps «wertvolle Dienste».

Da schon viele solche Personen der Polizei angehörten, sei es auch diesbezüglich nicht angezeigt, auf den Besitz des Schweizer Bürgerrechts im Polizeikorps zu verzichten.

Und schliesslich gebe es keinen Personalengpass: Die Kantonspolizei habe stets «eine Vielzahl von Bewerbungen» zur Verfügung, aus denen sie auswählen könne.

David Kilchör